

# Rumänien

Alexandru Damian\*

Rumänien trat die rotierende EU-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2019 inmitten turbulenter innenpolitischer Ereignisse und häufiger Konflikte zwischen der populistischen sozialdemokratischen Regierung Rumäniens und Entscheidungsträgern in Brüssel an. Obwohl die Ratspräsidentschaft als sehr erfolgreich dargestellt worden war, sind wesentliche Ergebnisse ausgeblieben. Kernthemen wie der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs oder der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) wurden trotz ihrer direkten Auswirkungen auf Rumänien vernachlässigt. Die europäische Integration der Länder der Östlichen Partnerschaft, insbesondere der Republik Moldau, wo sich Rumänien als Hauptakteur greift, standen nicht auf der Agenda.

Gleichzeitig verstärkte die Regierung ihre EU-kritische Rhetorik und populistischen Aussagen, jedoch zu einem hohen Preis. Kontroverse Entscheidungen der Regierung hatten sowohl auf internationaler Ebene als auch auf nationaler Ebene negative Auswirkungen. Diese umfassten einerseits außenpolitisch harsche Kritik aus Brüssel an der politischen Einflussnahme auf die Justiz oder am Verlust der Position als nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats, andererseits setzten die Wahlen zum Europäischen Parlament innenpolitisch ein klares proeuropäisches Zeichen und einen Schlag gegen die antieuropäische Rhetorik der Sozialdemokraten und ihrer Juniorpartner von der *Alianța Liberalilor și Democraților* (ALDE).

## Einstellungen der Bevölkerung zur Europäischen Union

Quer durch die Europäische Union ist eine größere Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft und den Werten der Europäischen Union feststellbar, laut Eurobarometer 2019 sind fast zwei Drittel der Europäer (68 Prozent) der Meinung, dass ihr Land durch die EU-Mitgliedschaft profitierte. Dies ist das höchste Ergebnis seit 1983. Rumänien folgt diesem Trend: 72 Prozent der Rumänen glauben, dass ihr Land von der Mitgliedschaft profitiere und 57 Prozent halten die EU-Mitgliedschaft für eine „gute Sache“<sup>1</sup>.

Allerdings ist dies nur eine Seite der Medaille, denn Rumänien verzeichnete im vergangenen Jahr ebenfalls einen starken Verlust von Vertrauen und Unterstützung für die Europäische Union. Hauptgründe hierfür waren der Europaskeptizismus und der wiederkehrende antieuropäische Diskurs der sozialdemokratischen Regierung und ihres Koalitionspartners ALDE. Dabei wurde die Europäische Union durch die Narrative der Regierung häufig als Sündenbock dargestellt, Halbwahrheiten oder Falschaussagen verbreitet, die Brüssel vorwarfen, Rumänien als Mitgliedstaat zweiter Klasse zu behandeln.

Im Oktober 2018 offenbarte die Eurobarometer-Erhebung einen heftigen Verlust von zehn Prozentpunkten bei der Unterstützung der EU-Mitgliedschaft (nur 49 Prozent der Rumänen hielten sie für vorteilhaft) und jeder Fünfte wies eine negative Einstellung zur

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von York Albrecht und Jana Schubert.

1 Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 91.1, April 2019, hier S. 19.

Europäischen Union auf (21 Prozent).<sup>2</sup> Dieser Verlust an Unterstützung war beispiellos in den letzten zehn Jahren.

### **Meinungsverschiedenheiten mit Brüssel – der Kampf für eine unabhängige Justiz**

Rumänien übernahm zum Jahresbeginn 2019 die Ratspräsidentschaft in einer turbulenten innenpolitischen Lage. Die traditionell hohen Unterstützungswerte zur Europäischen Union wurden durch die antieuropäische Rhetorik der Regierung und einflussreicher Medien geschwächt. Viele Demonstrationen gegen Korruption und eine Justizreform fanden statt, die wichtigste davon wurde am 10. August 2018 gewaltsam von der Polizei niedergeschlagen.

Die rumänische Regierung mischte in ihre Kritik an der Europäischen Union Nationalismus und antieuropäische Rhetorik. Ähnlich zu den Ereignissen in Polen oder Ungarn entschied sich die Regierung in Bukarest zu einem direkten Konfrontationskurs mit Brüssel.<sup>3</sup> Was war der Antrieb für diese Entscheidung?

Sowohl die Europäische Kommission als auch das Europäische Parlament kritisierten die Vorhaben der Regierung, den Justizsektor der Regierung unterzuordnen und das Korruptionsstrafrecht zu lockern. Der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans warnte Bukarest im Mai 2019, dass die Europäische Kommission sogar erwäge, mit Art. 7 EUV die schwerwiegendste politische Sanktionsmöglichkeit der Europäischen Union zu aktivieren – den Entzug des Stimmrechts bei EU-Beschlüssen.<sup>4</sup>

Der Justizsektor stand im letzten Jahr mit einer Vielzahl von legislativen Veränderungen unter Beschuss, Rechtsstaatlichkeit und Anti-Korruptionsbemühungen wurden geschwächt. Der jüngste Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zum Kooperations- und Kontrollverfahren für Bulgarien und Rumänien warnte das Land, die Implementierung der Justizreform und der Noterlässe aufzuheben und sie unter vollständiger Berücksichtigung der Empfehlungen des Kooperations- und Kontrollverfahrens sowie der Venedig-Kommission und der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) zu überarbeiten.<sup>5</sup> Die gleiche Warnung wurde auch im Falle der Änderung des Strafrechts und der Strafprozessordnung ausgesprochen.

### **Kontroverse außenpolitische Entscheidungen**

Rumäniens Außenpolitik war ebenfalls von kontroversen Entscheidungen der Regierung betroffen. Im März 2018 kündigte die rumänische Regierung unvermittelt an, die Botschaft des Landes in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Diese Entscheidung wurde von anderen EU-Mitgliedstaaten als Bruch der europäischen Einigkeit in dieser Sache kritisiert. Im Mai 2018 blockierte Rumänien zusammen mit der Tschechischen Republik und Ungarn eine gemeinsame Mitteilung der Europäischen Union, das die US-amerikanischen Pläne zur Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem verurteilen sollte. Momentan gibt es einen Stillstand hierzu in Rumänien, da Präsident Klaus Iohannis der Verlegung der Botschaft widersprach und die Regierung einlenkte. Dennoch sorgte die Ankündigung der Regierung für eine Zuspitzung der Beziehungen zwischen

---

2 Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 90, Oktober 2018, hier S. 19.

3 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Ungarn“ und „Polen“ in diesem Jahrbuch.

4 Florian Eder: Brussels to Bucharest: We're running out of patience, in: Politico.eu, 13.5.2019.

5 Europäische Kommission: Report from the Commission to the European Parliament and the Council on Progress in Romania under the Cooperation and Verification Mechanism, 13.11.2018, COM(2018) 851 final.

Rumänien und arabischen Ländern – beispielsweise sagte der jordanische König Abdullah II. seinen Staatsbesuch in Rumänien im Anschluss ab.<sup>6</sup>

Dieser Streit war kostspielig. Im Juni 2019 verlor Rumänien die Möglichkeit, nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu werden, da es nur 58 Stimmen erhielt. Der andere Kandidat Estland erhielt 132 Stimmen, worauf internationale Analysten den Streit um Jerusalem als wichtigsten Erklärungsfaktor der Abstimmung ausmachten.

### **Die rotierende Ratspräsidentschaft – große Hoffnung, kaum Ergebnisse**

Die innenpolitischen Ereignisse beeinträchtigten Rumäniens Ratspräsidentschaft. Ohne ein übergeordnetes Ziel oder eine Strategie vorzugeben, wurden unter der rumänischen Ratspräsidentschaft mehr als 90 Rechtsakte verabschiedet, dennoch wurde Rumäniens Bild auf EU-Ebene vollkommen von den Ereignissen im Land selbst untergraben. Im April 2019 überreichten Rumäniens wichtigste Partner (darunter Deutschland, Frankreich und die Niederlande) der Regierung eine offizielle Note, die ihre Bedenken hinsichtlich der Justizreform ausdrückte und Rumänien aufforderte, sie zu unterlassen.<sup>7</sup>

Rumänien unterteilte seine Ratspräsidentschaft in vier Prioritäten bestehend aus vier Säulen: Die erste Säule „Europa der Angleichung“, die zweite Säule „Ein sichereres Europa“, die dritte Säule „Europa als stärkerer globaler Akteur“ sowie die vierte Säule „Ein Europa der gemeinsamen Werte“. Durch unklare Absichten und weitgefaste Ziele waren die Ergebnisse der Ratspräsidentschaft bescheiden. Es gab keine Priorisierung der Östlichen Partnerschaft oder der europäischen Integration der Republik Moldau, die Rumänien als sein wichtigstes außenpolitisches Ziel erachtet.

Besonders kontroverse Punkte wie die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich oder der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) wurden während der Ratspräsidentschaft nur teilweise behandelt. Obwohl Rumänien stark von den Verhandlungsergebnissen betroffen ist, war es ein eher kleiner Akteur in diesen Debatten. Rumänen stellen mit 500.000 Personen die zweitstärkste europäische Minderheit im Vereinigten Königreich, das Land ist einer der wichtigsten Handelspartner Rumäniens.

Obwohl Rumänien ein Nettoempfänger von EU-Fördermitteln ist (mit einem Plus von mehr als 33 Mrd. Euro zwischen 2007 und 2019), wurden die Debatten über den MFR vernachlässigt. Das ist ungewöhnlich, da die Europäische Kommission bereits 2018 ihren ersten Entwurf für den MFR nach 2020 veröffentlichte, ebenso eine Regelung außerhalb des Budgets, wodurch durch die EU-Förderung an Rechtsstaatlichkeit gebunden werden soll – Einschränkungen der Rechtsstaatlichkeit könnten so Einschränkungen bei Fördergeldern folgen.

In diesem Zusammenhang äußerte Rumänien, das aus Brüssel oft wegen der politischen Einflussnahme auf die Justiz kritisiert wird und das noch immer dem Kooperations- und Kontrollverfahren unterliegt, Bedenken über die Regulierung des Zugriffs auf Fördergelder. Unterstützung erhielt es dabei aus Polen und Ungarn. Abseits dieser Bedenken gab es keine nennenswerten Debatten über den MFR.

6 France24: Jordan's king cancels Romania trip over Jerusalem row, 25.03.2019, abrufbar unter: <https://www-france24.com/en/20190325-jordans-king-cancels-romania-trip-over-jerusalem-row>, March 2019 (letzter Zugriff: 16.9.2019).

7 US Embassy in Romania: Major partners of Romania express concern about Rule of Law, 3.4.2019, abrufbar unter: <https://ro.usembassy.gov/major-partners-of-romania-express-concern-about-rule-of-law/> (letzter Zugriff: 16.9.2019).

Die Besetzung der Position der Leitung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) war ein weiterer peinlicher Moment der Ratspräsidentschaft. Die erste Wahl des Europäischen Parlaments für diese Position fiel auf die frühere Chefin der rumänischen Antikorruptionsbehörde Laura Codruța Kövesi. Da jedoch die nominierte Kandidatin neben der Bestätigung des Europäischen Parlaments auch die des Rates benötigt, endete dieser Prozess in einer Sackgasse, weil sich der Rat für den französischen Kandidaten Jean-François Bohnert aussprach. Rumänien zweifelte die Kandidatur Kövesis an und sprach seinen Unwillen aus, sie zu unterstützen. Kurzum war während Rumäniens Ratspräsidentschaft eine rumänische Kandidatin in bester Position, Leiterin der EUSTa zu werden, und die rumänische Regierung verweigerte ihre Unterstützung.

### **Die Wahlen zum Europäischen Parlament – Hohe Wahlbeteiligung, hohe Erwartungen**

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 waren von einer geringen Wahlbeteiligung in Rumänien gekennzeichnet, nur jeder dritte Bürger hatte seine Stimme abgegeben. Die generelle Gleichgültigkeit der Wahlen 2014 war 2019 jedoch nicht zu erkennen, da jeder zweite Wähler abstimmte und selbst in der rumänischen Diaspora Wähler stundenlange Wartezeiten in Kauf nahmen. Dennoch waren Zehntausende nicht in der Lage abzustimmen, obwohl sie stundenlang vor den Wahlbüros angestanden hatten. Leider ist dies keine Seltenheit. Gründe hierfür sind die schwache staatliche Infrastruktur und die hohe Anzahl von im Ausland ansässigen Rumänen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament stellten den ersten Stimmungstest für die populistische Regierung seit ihrem Amtsantritt 2016 sowie ihren nationalistischen und EU-kritischen Wahlkampf dar. Die Kampagne der Sozialdemokraten lief unter dem Slogan „Patrioten in Europa. Rumänien verdient etwas Besseres“, auch ihr Koalitionspartner ALDE entschied sich für einen ähnlichen Ansatz.

Weder die Sozialdemokratische Partei Europas noch die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa unterstützten die beiden rumänischen Parteien. Vielmehr trat ALDE vor einer Sitzung aus der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa aus und kam damit einem Ausschlussantrag zuvor. Die größten rumänischen Oppositionsparteien Nationale Liberale Partei (PNL), Teil der Europäischen Volkspartei, und die Allianz 2020 – Union Schützt Rumänien Plus (USR-Plus), nun Mitglied der Fraktion Renew Europe, führten einen stark proeuropäischen Wahlkampf.

Das Wahlergebnis sendete ein klar proeuropäisches Signal. Die Sozialdemokraten kamen nur auf 22,5 Prozent (bei den letzten nationalen Wahlen erreichten sie noch 45 Prozent), während ALDE mit 4,5 Prozent an der Fünfprozenthürde scheiterte. Gewinner war die PNL mit 27 Prozent, USR-Plus erzielte 22,4 Prozent der Stimmen.

### **Weiterführende Literatur**

- Alexandru Damian et al.: The Relaunch of Europe. Mapping States' Reform Interests. Country Issue: Romania, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2018.
- Europäische Kommission: Recommendation for a COUNCIL RECOMMENDATION on the 2019 National Reform Programme of Romania and delivering a Council opinion on the 2019 Convergence Programme of Romania, 5.6.2019, COM(2019) 523 final.